



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: [barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de](mailto:barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de)

Datum: 11.01.2016

**Niederschrift öffentlich**

über die **Sondersitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 10.12.2015, 13:00 Uhr bis 13:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	stellvertretend für Frau Bercher-Hiss
Herr Wilfried Becker	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	stellvertretend für Frau Frebel
Frau Monika Schultes	SPD	stellvertretend für Herrn Ott
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

**Ratsmitglieder mit beratender Stimme**

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	stellvertretend für Herrn Hübner
------------------------	-----------	----------------------------------

**Beratende Mitglieder**

Herr Stephan Boyens	AfD	
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Frau Barbara Albat	SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Herr Marco Pagano	SPD	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU	
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Herr Stephan Wieneritsch	FDP	

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Eugen Litvinov stellvertretend für Herrn Bayrakçioğlu

## **Verwaltung**

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug Dezernat II - Finanzen  
Herr Dr. Joachim Bauer Amt für Landschaftspflege und Grünflächen  
Frau Stephanie Brimmer Amt für Landschaftspflege und Grünflächen  
Frau Christina Brammen-Petry Umwelt- und Verbraucherschutzamt  
stellvertretend für Herrn Liebmann  
Herr Manfred Kaune Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen  
Frau Anke Ludwig Referentin - Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt  
Herr Guido Motter Umwelt- und Verbraucherschutzamt  
Herr Konrad Peschen Umwelt- und Verbraucherschutzamt  
Herr Peter Winkels Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6  
Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb  
der Stadt Köln

## **Gäste**

Herr Stefan Schwamborn Amt für Stadtentwicklung und Statistik (zu TOP 4.1)  
Herr Johannes Feyrer Leiter der städtischen Berufsfeuerwehr (zu TOP 7.2)  
Herr Professor Werner Langen Kanzlei Kapellmann und Partner (zu TOP 7.2)

## **Schritfführerin**

Frau Barbara Bültge-Oswald Umwelt- und Verbraucherschutzamt

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Susanne Bercher-Hiss GRÜNE  
Frau Polina Frebel SPD  
Herr Jochen Ott SPD  
Herr Mathias Wittmann auf Vorschlag der Grünen

## **Beratende Mitglieder**

Herr Nebil Bayrakçioğlu GK  
Frau Barbara Röttger- Schulz auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
Frau Maria Blank Seniorenvertretung der Stadt Köln  
Herr Matthias Pergande FDP  
Herr Johannes Zischler auf Vorschlag der CDU  
Frau Jennifer Mense GRÜNE  
Herr Fabian Hübner auf Vorschlag der Fraktion DieLinke

## **Verwaltung**

Herr Rainer Liebmann Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Die 1. stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Welcker begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sondersitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Insbesondere begrüßt sie die Beigeordnete Frau Klug, die heute wieder die Beigeordnetenfunktion übernehme.

Sie macht auf die Zusetzungen zur Tagesordnung beider Ausschüsse sowie auf die anwesenden Gäste<sup>1</sup> aufmerksam.

SB Herr Becker möchte namens der SPD-Fraktion wissen, ob die noch nicht beantwortete Anfrage nach § 4 Geschäftsordnung zum Rheinboulevard an Silvester jetzt in der Sitzung mündlich beantwortet werden könne.

Die stellvertretende Vorsitzende stimmt dem zu.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt beide erweiterten Tagesordnungen zur Abstimmung.

Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> s. Anwesenheitsliste S. 2 der Niederschrift

<sup>2</sup> Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **4 Allgemeine Beschlussvorlagen**

- 4.1 Beschluss zur Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel-Starkes Köln" in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020  
2899/2015
- 4.2 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll  
0280/2015
- 4.2.1 Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.11.2015  
AN/1835/2015
- 4.3 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Kattowitzer Straße in Köln-Buchheim  
1039/2015
- 4.3.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.05.2015  
AN/0777/2015
- 4.4 Bebauungsplangebiet Kriebelspfad, Bebauungsplan 59580/04 in Köln-Worringen  
hier: Grünplanungskonzept der Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen  
3221/2015
- 4.5 Fortführung der Bürgerkontaktstelle "Berliner 67" in Mülheim-Nord  
3582/2015

#### **7 Mitteilungen**

- 7.2 Mitteilung der Verwaltung zum Zwischenbericht des Bau-Sachverständigen INSTITUTS Roger Grün vom 27.11.2015 zur Zusatzfrage "Standesicherheit der Halde Kalkberg"  
3865/2015

#### **9 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### 4 Allgemeine Beschlussvorlagen

#### 4.1 Beschluss zur Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel-Starkes Köln" in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020 2899/2015

SB Herr Dr. Albach beantragt, den Beschlusstext dahingehend zu ergänzen, dass für alle Stadtbezirke so, wie BV Mülheim, bezogen auf alle betroffenen Stadtteile, abgestimmt werde.

Herr Schwamborn informiert darüber, dass das Integrierte Handlungskonzept mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort besprochen werde. Die Vorlage sei in allen betroffenen Bezirksvertretungen behandelt worden. Diese hätten auch eine solche Bürgerbeteiligung eingefordert.

Die Verwaltung werde sich bemühen, diese Beteiligung zeitnah abzuwickeln und im Januar nächsten Jahres in Mülheim beginnen. Die weiteren Veranstaltungen würden dann im Zeitraum zwischen Januar und März 2016 stattfinden, so dass man im Anschluss in die weiteren Beratungen Richtung Rat gehen könne.

- Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt den von Herrn Dr. Albach mündlich beantragten Beschlusstext, **wie BV Mülheim, bezogen auf alle betroffenen Stadtbezirke**, zur Abstimmung:

#### **Geänderter Beschluss:**

***Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept (IHK) „Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten“ als zukunftsweisenden Beitrag zur Sozialraumorientierten Stadtentwicklung.  
Der Rat beauftragt die Verwaltung, das IHK mit einem Gesamtvolumen von rd. 67 Millionen Euro, vorbehaltlich der Förderung der im IHK enthaltenen Maßnahmen, umzusetzen.
2. Die erforderlichen Veranschlagungen werden im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2016 inkl. Finanzplanung bis 2019 berücksichtigt.
3. Der Rat beschließt die Anerkennung des Bedarfs für die im IHK aufgeführten Einzelmaßnahmen.
4. Der Rat beschließt in den Sozialräumen
  - 1 Bickendorf, Westend und Ossendorf
  - 2 Bilderstöckchen
  - 3 Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord
  - 4 Bocklemünd / Mengenich
  - 5 Buchheim und Buchforst
  - 6 Höhenberg und Vingst

- 7 Humboldt / Gremberg und Kalk
- 8 Meschenich und Rondorf
- 10 Ostheim und Neubrück
- 11 Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil

die im IHK gekennzeichneten räumlichen Bereiche jeweils als „Gebiet der Sozialen Stadt“ gemäß § 171e Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) festzulegen. Der Beschluss über die Gebietsfestlegung ist ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Köln bekanntzumachen.

- 5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag für die Einrichtung eines programmbezogenen Lenkungsgremiums „Starke Veedel – Starkes Köln“ zu erarbeiten, in dem auch die Fraktionen vertreten sind, und diesen dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
- 6. **Zum IHK ist in allen Stadtbezirken zeitnah eine Bürgerinformationsveranstaltung für die Maßnahmen, die sich auf den jeweiligen Bezirk beziehen, durchzuführen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **4.2 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll 0280/2015**

##### **4.2.1 Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.11.2015 AN/1835/2015**

RM Herr Brust begründet den Änderungsantrag. Wunsch der BV Porz sei es, den Schützen das Grundstück zu geben. Man wolle jedoch nicht auf die langfristige Durchgängigkeit des Grüngürtels verzichten. Daher solle den Schützen dieses Heim nur für 5 Jahre angeboten werden. Allerdings müssen die Bodenbelastungen auf Kosten des vorherigen Pächters vorher beseitigt werden. Man habe 5 Jahre gewählt, weil man nicht wusste, wie lange die Pachtverträge für die anderen Gartenanlagen gelten.

Herr Kaune informiert darüber, dass es sich bei den Kleingärten um Grabeland handle und somit eine kurze Kündigungsfrist bestehe. Er könne den Wunsch des Ausschusses mitnehmen und dies mit der Liegenschaftsverwaltung besprechen.

RM Herr Götz betont für die CDU-Fraktion, dass man dem Änderungsantrag nicht folgen könne, da man keinen Sinn darin sehe, für 5 Jahre eine Verlängerung und Investition zuzulassen. Es könne auch nicht funktionieren, die Kosten dem bisherigen Schützenverein aufzuerlegen, da dieser nicht mehr existiere.

Daher werde die CDU-Fraktion den Änderungsantrag ablehnen.

RM Herr Brust entgegnet, dass dem bisherigen Schützenverein noch Vermögen in Form von Grundstücken zur Verfügung stehe.

Frau Brammen-Petry bestätigt, dass der bisherige Schützenverein nach Aktenlage noch existiere. Auf Basis des Vertrages, den der Verein mit der Stadt Köln geschlossen habe, sei das Ende des Mietverhältnisses noch nicht beschlossen. Insofern werde

man an ihn herantreten und mit ihm die noch ausstehenden Bodensanierungsarbeiten auf dem Grundstück besprechen.

- Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt den **gemeinsamen Änderungsantrag** zur Abstimmung:

#### **Geänderter Beschluss:**

Langfristig wird an den Zielen des Entwicklungskonzeptes „Grüngürtel: Impuls 2012“ und den Festsetzungen des Landschaftsplanes für die Fläche des Schützenheims in Köln-Poll festgehalten.

Die Verwaltung wird gebeten einen möglichen Vertrag mit der interessierten Schützenbruderschaft St. Sebastianus & Afra zunächst nur auf maximal 5 Jahre begrenzt abzuschließen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung aufgefordert, die vorhandenen Bodenbelastungen auf Kosten des bisherigen Pächters sanieren zu lassen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

### **4.3 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Kattowitzer Straße in Köln-Buchheim 1039/2015**

#### **4.3.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.05.2015 AN/0777/2015**

SB Herr Dr. Albach beantragt, wie die BV Mülheim abzustimmen.

SB Herr Becker erwähnt das interfraktionelle Gespräch zwischen Verwaltung und den Fraktionsvorsitzenden der BV Mülheim, zu dem ein Protokoll als Umdruck vorliege. Namens der SPD-Fraktion beantragt er über den **Text aus der Niederschrift der Fraktionsvorsitzendenbesprechung vom 26.11.2015 im Bezirksrathaus Mülheim** abzustimmen.

Herr Kaune betont, es ging der BV Mülheim insbesondere darum, auch angesichts der Kosten, die dort entstanden wären, sich nicht den Weg in der Zukunft zu verbauen. Die Verwaltung könne mit diesem Kompromiss gut leben.

Er schlägt vor, den von Herrn Becker zitierten Absatz als Ergänzung des Beschlusstextes der Verwaltungsvorlage zu betrachten und beides zur Abstimmung zu bringen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt auf Nachfrage fest, dass Herr Dr. Albach seinen Antrag aufrechterhalten möchte.

- Daher stellt sie zunächst den von Herrn Dr. Albach mündlich beantragten **Beschlusstext der BV Mülheim vom 08.06.2015** (*Änderungsantrag der FDP-Fraktion Mülheim AN/0711/2015*) zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Der Betrieb der Strunde als Stillgewässer wird bis zum Arnsberger Platz fortgesetzt. Dabei wird untersucht, ob das Sediment des Baches wirklich unter abfallrechtlichen Gesichtspunkten „Sondermüll“ (besonders überwachungsbedürftiger Abfall mit den entsprechenden Entsorgungskosten) ist.

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob die Einleitung der Strunde in den Teich des Mülheimer Stadtparkes den dort zu beobachtenden katastrophalen Gewässerzustand verbessern kann und so teure Sanierungen reduziert werden können.

Sollte die Zinkbelastung wirklich umweltrechtlich kritisch sein, so wird die Verwaltung aufgefordert mitzuteilen, ob eine natürliche Versickerung rechtlich zulässig oder ob im gesamten Stadtgebiet eine Folienabdichtung notwendig ist.

Vor jeder Maßnahme soll ein Bericht an die BV Mülheim erfolgen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion die Linke **gegen die FDP-Fraktion**.

- Anschließend stellt sie den von Herrn Becker mündlich beantragten **Text aus der Niederschrift der Fraktionsvorsitzendenbesprechung vom 26.11.2015 im Bezirksrathaus Mülheim** zur Abstimmung:

### **Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt, dass die Option für eine spätere Verlängerung der Strunde bis zum Rhein offen gehalten wird. Solange soll die Strunde, wie zurzeit, vollständig in den Faulbach abgeleitet werden. Das bisherige Verzweigungsbauwerk wird nur in der Weise umgebaut, dass es eventuell später wieder ohne große Kosten für eine Durchleitung der Strunde in Betrieb genommen werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt** mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion die Linke bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

#### **4.4 Bebauungsplangebiet Kriebelpfad, Bebauungsplan 59580/04 in Köln-Worringen hier: Grünplanungskonzept der Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen 3221/2015**

SB Herr Becker beantragt, wie BV Chorweiler abzustimmen.

- Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt den von Herrn Becker beantragten **Beschlusstext der BV Chorweiler**, zur Abstimmung:

### **Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt das Grünplanungs-Konzept für die Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen im Geltungsbereich des Bebauungsplans 59580/04 Kriebelpfad in Köln-Worringen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage die **Maßnahmen nach Beendigung des Straßenendausbaus** umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **4.5 Fortführung der Bürgerkontaktstelle "Berliner 67" in Mülheim-Nord 3582/2015**

### **Beschluss:**

#### ***Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:***

Der Rat beschließt die Fortführung der Bürgerkontaktstelle „Berliner 67“ in Mülheim-Nord bis 2019 insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Stadtentwicklungsmaßnahmen „IHK „Starke Veedel-Starke Köln“ sowie „Güterbahnhof Mülheim“.

Der aus dem städtischen Haushalt zu finanzierende Aufwand (ca. 4.200 Euro im Jahr 2016) ist im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, haushaltsneutral zu berücksichtigen.

Für das Haushaltsjahr 2016 entstehen keine zusätzlichen Mehrbedarfe.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

## **7 Mitteilungen**

### **7.2 Mitteilung der Verwaltung zum Zwischenbericht des Bau-Sachverständigen INSTITUTS Roger Grün vom 27.11.2015 zur Zusatzfrage "Standsicherheit der Halde Kalkberg" 3865/2015**

SB Herr Dr. Albach fragt, ob es Modellrechnungen zu Lärmmessungen gebe, wie hoch die dB(A)-Differenz nach Abtragung der Halde sei. Dann habe er gehört, dass der Gutachter gesagt habe, dass die Überdeckung erschreckend gering sei. Herr Dr. Albach fragt, wie dicht die Überdeckung des Kalkbergs von oben und von unten sei. Müsse z. B. bei Hochwasser davon ausgegangen werden, dass ständig Wasser in das Kalkbett bzw. „Kalkkissen“ hinein und wieder heraus laufe.

Er merkt an, es heiße, die CFK habe formierte Pflanzenschutzmittel hergestellt. Für ihn stelle sich die Frage, was in diesem „Kalkkissen“ passiere, das anscheinend nicht wasserdicht sei.

Außerdem möchte Herr Dr. Albach wissen, ob die Abtragung ausgeschrieben werde und inwieweit die Untere Bodenschutzbehörde des Umweltamtes in den Prozess der

Auftragung der 50.000 t Erde und in die Begleitung der Standfestigkeit eingebunden bzw. beteiligt gewesen sei.

Herr Feyrer erläutert als Bauherr zum Thema „Auswirkungen zum Lärm“, dass die Aufschüttung eine gewisse Rolle bei der Lärmdämmung spiele. Man wisse momentan nicht, wie hoch sie sei und müsse dies ermitteln lassen. Ein ähnlicher Lärmschutz sei jedoch auf einfache Art und Weise auch anders herstellbar.

Die Firma, die ab heute die Auflast entferne, sei heute Morgen beauftragt worden. Aufgrund der Dringlichkeit der Maßnahme, die durch eine Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin mit einem Ratsmitglied dokumentiert sei, seien 3 Angebote eingeholt worden.

Frau Brammen-Petry informiert hinsichtlich der Dichtigkeit des Kalkbergs, dass aktuell die Oberflächenabdichtung durch eine Kunststoffdichtungsbahn sichergestellt sei. Diese müsse im Zuge der Sofortmaßnahmen ebenfalls entfernt werden. Sie gehe davon aus, dass nach Abtragung der Kuppe in einer flacheren Bauvariante wieder eine Oberflächenabdichtung vorgenommen werde. Die Kosten könne man der Anlage zur aktuellen Dringlichkeitsentscheidung entnehmen. Insofern sei sie sicher, dass der kurzfristig auftretende Sickerwassereintrag anschließend wieder eingedämmt werde. Frau Brammen-Petry betont, dass die Kuppe des Kalkberges eine Oberflächenabdichtung benötige.

Die Cyanide im Grundwasser und der Eintrag von Seiten des Kalkbergs würden derzeit untersucht. Man habe zusätzliche Tiefenbohrungen gemacht; den Auftrag dazu habe die Feuerwehr erteilt und das Umweltamt habe dies fachlich begleitet, weil man sich daraus auch Erkenntnisse für die Cyaniduntersuchung erhoffe. Jetzt sollte man abwarten, was die weiteren Untersuchungen ergeben, die mit Sicherheit auch wieder öffentlich vorgestellt werden.

Die Beteiligung des Umweltamtes im Zuge der aktuellen städtischen Baumaßnahme der Hubschrauberstation bezog sich auf die ureigensten Aufgaben, also die wasser- und bodenschutzrechtliche Betrachtung der Maßnahme.

Baugrundgutachten seien dem Umweltamt sicherlich auch zur Kenntnis gegeben worden, aber man habe weder den Baugrundgutachter mit ausgesucht, noch habe man ihn in irgendeiner Weise beraten, sondern sich auch hier auf die wasser- und bodenschutzrechtlichen Aufgaben in Bezug auf die Schadstoffkonzentration oder das Depoat auf dem Kalkberg beschränkt.

RM Frau Stahlhofen bittet hinsichtlich der Tiefenbohrungen um genaue Information. Sie habe der Mitteilung entnommen, dass diese bis maximal 35 m Tiefe vorgenommen worden seien und man auf eine Kalkschicht gestoßen sei. Sie möchte wissen, welchen Untergrund man danach gefunden habe.

Herr Feyrer antwortet, dass die Bohrung von dem Niveau, wo einmal der Hubschrauber stehen werde, bis ins Grundwasser durchgeführt worden sei. Die obersten etwa 12 m seien aufgeschüttete Erde, dann komme etwa 20 m Kalk, anschließend komme gewachsener Boden und nach weiteren 3 m sei Grundwasser. Das heißt, die Bohrung reiche bis ins Grundwasser und ende in einer ganz normalen üblichen Geländeschicht. Details müsse man aus der Auswertung der Bohrungen des Instituts Roger Grün zur Kenntnis geben.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Feyrer und Frau Brammen-Petry zur Kenntnis.

## **9 Mündliche Anfragen**

### **9.1 Mündliche Anfrage von SB Herrn Becker hier: Gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Rheinboulevard: Umsetzung des Reinigungs- und Nutzungskonzepts**

SB Herr Becker ruft die noch nicht beantwortete gemeinsame Anfrage von SPD und Grünen in Erinnerung. Insbesondere interessiert, ob Silvester der Rheinboulevard abgesperrt werde, wie und mit welchem Aufwand dies passiere und wie anschließend gereinigt werde, wenn nicht abgesperrt werde.

Herr Kaune informiert darüber, dass sich der Stadtvorstand mit dem Thema befasst habe und zum Ergebnis gekommen sei, diesen Bereich an Silvester nicht zu öffnen.

Dies sei der augenblicklichen Baustellensituation und den damit verbundenen Gefährdungen geschuldet.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

gez. Katharina Welcker  
(1. stellvertretende Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald  
(Schriftführerin)